Friedmann in Berlin und Bücherrevisor Julius Haubenreißer in Leipzig. Sie haben sämtliche Aktien übernommen. Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind: Rechtsanwalt August Brecht, Fabrikdirektor Dr. August Kahr, Bücherrevisor Julius Haubenreißer, sämtlich in Leipzig, Bankier Eugen Friedmann in Berlin, Architekt Regierungsbaumeister a. D. Dr. Fritz Kötzer, Dr. med. vet. Alfred Beck, Kaufmann Ewald Kosmala, sämtlich in Leipzig.

Von den mit der Anmeldung eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstandes, des Aufsichtsrats und der Revisoren kann bei dem unterzeichneten Gerichte, von dem Prüfungsberichte der Revisoren auch bei der hiesigen Handelskammer Einsicht genommen werden. 7306

Amtsgericht Leipzig, Abt. IIB, 15. Nov. 1922.

Auf Blatt 4 des hiesigen Genossenschaftsregisters, den **Consum-Verein für Olbernhau und Umgegend,** eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, in Olbernhau betr., ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 8. Oktober 1922 ist die Satzung — § 2 Abs. 2, § 5 Buchstabe b, § 6 Ziffer 1, 3 bis 6, § 36 Abs. 1 und 2 — abgeändert worden. Die Haftsumme eines jeden Genossen ist auf zweitausend Mark erhöht worden. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Juli des einen bis zum 30. Juni des anderen Jahres. 7307

Amtsgericht Olbernhau, den 2. November 1922.

Auf dem Blatte der **„Vogtländischen Maschinenfabrik (vorm. J. C. & H. Dietrich) Actien-Gesellschaft"** in Plauen, Nr. 1259 des Handelsregisters, ist heute eingetragen worden: a) Die Generalversammlung vom 24. Oktober 1922 hat beschlossen, das Grundkapital um achtzehn Millionen Mark durch Ausgabe von achtzehntausend auf den Inhaber lautende Stammaktien von je eintausend Mark, mithin auf einhundert Millionen Mark zu erhöhen und die 5%igen Vorzugsaktien im Betrage von zwei Millionen Mark in Stammaktien umzuwandeln; diese Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt; der Gesellschaftsvertrag ist dementsprechend in § 4 sowie in § 17 durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokolls von demselben Tage abgeändert worden; b) die Prokura des Ingenieurs **Alfred Fallot** in Plauen ist erloschen; c) dem Kaufmann **Oscar Alexander Rudolf Antonius Bauer** in Plauen ist Prokura erteilt.

Weiter wird bekanntgegeben, daß die neuen Aktien zum Kurse von 300 % ausgegeben werden.

Amtsgericht Plauen, 15. November 1922. [7308

Im hiesigen Handelsregister ist heute auf Blatt 308, die Firma **Eduard Böttcher** in Radeberg betr., eingetragen worden, daß der Bierhändler Willy Böttcher in Radeberg ausgeschieden und somit die Gesellschaft aufgelöst ist, sowie daß der Gesellschafter Max Böttcher das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma ohne Übernahme der Aktiven und Passiven als Alleininhaber fortführt und weiter, daß die Firma erloschen ist; 7309

Amtsgericht Radeberg, 16. November 1922.

Auf Blatt 161 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **Reinhard Augsten & Co.** in Reichenau betr., ist heute eingetragen worden: Der Lederhändler **Gustav Augsten** in Haindorf ist in die Gesellschaft eingetreten. Von der Vertretung der Gesellschaft ist er ausgeschlossen. Die Ausschließung des Max Oskar Augsten und des Josef Bernig von der Vertretung der Gesellschaft fällt weg.

Amtsgericht Reichenau, 11. Nov. 1922. [7310

Berichtigung. Durch ein technisches Versehen ist die Bekanntmachung des **Amtsgerichts Stollberg, H. F. Mauersberger Aktiengesellschaft in Jahnsdorf betr.,** S. 7 der gestrigen Nr. 268, in zwei Teile getrennt worden. Die Fortsetzung zu Sp. 1 findet sich in Sp. 2 hinter AG. Wurzen.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. Blatt 450, die Firma **Schlosser & Duhme** in Waldheim betr.: Das Handelsgeschäft ist aufgelöst. Der Bankvorstand **Arno Fuchs** in Waldheim ist zum Liquidator bestellt;

2. Blatt 487 die Firma **Joseph Schlosser** in Waldheim und als Inhaber der Kaufmann **Joseph Schlosser** in Waldheim. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation, Handel en gros & Export von Textilwaren;

3. Blatt 488 die Firma **Wilhelm Duhme** in Waldheim und als Inhaber der Kaufmann **Friedrich Wilhelm Duhme** in Waldheim. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Trikotagen und Strumpfwaren en gros & Export. 7311

Amtsgericht Waldheim, 15. November 1922.

Auf Blatt 217 des Handelsregisters, die Firma **Hugo Crasser & Co. in Thalheim** betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Zwönitz, 8. November 1922. [7312

Der **Einlagenzinsfuß** der hiesigen Sparkasse wird vom 1. Januar 1923 an von $3\frac{1}{2}$ **auf 4 %** erhöht.

Breitnig, am 16. November 1922. [7313

Die Sparkassenverwaltung.

Dresden.

Stadtverordneten-Sitzung.

Der Sitzung der Stadtverordneten geht eine gemeinschaftliche Sitzung beider städtischer Kollegien voraus, in der Vertrauenspersonen für die Schöffen- und Geschworenenwahlen auf das Jahr 1923 gewählt werden. Der Gemeindewahlausschuß schlägt vor, als Vertrauenspersonen zu wählen den St.-V. Arbeitersekretär Berndt, den St.-V. Geschäftsführer Fischer, den Drogisten Schuster und Frau Gertraud Bessell. Als Ersatzpersonen werden vorgeschlagen Frau Rosa Kaspar, Stadtrat Kaufmann Christoph, Stadtrat Direktor Gandil und Apotheker Köhler. Der Vorschlag des Ausschusses wird angenommen. Als Sachverständige für Grundstücksenteignungen auf das Jahr 1923 werden zurufsweise gewählt: Baumeister Macht, Eisenbahninspektor a. D. Baurat Müller, Ökonomierat Regierungs-Kulturrat Neumann, Baumeister Schümichen, Baumeister Voigt und Kunst- und Handelsgärtner Rülcker.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetensitzung steht zunächst die Anfrage des St.-V. Dr. Wittmaack über die

Kleinrentnerfürsorge.

Dazu teilt Stadtrat Dr. Richter mit, daß der Gesamtaufwand für diesen Zweck einschließlich der heute zu bewilligenden $3\frac{1}{2}$ Mill. M. für Kartoffeln sich auf über 10 Mill. M. belaufe. Voraussichtlich schon in der nächsten Woche würde die Verteilung von Barbeihilfen und Lebensmitteln aus Reichs- und Landeszuschüssen vorgenommen werden. Eine weitere Anfrage beschäftigt sich mit den bei der Landtagswahl zutage getretenen Unstimmigkeiten in den Wählerlisten. Stadtrat Dr. Krumbiegel führt aus, daß es sich um Einzelfälle handle. Abgesehen hiervon sei das Publikum, das vergeblich zur Wahlurne gegangen sei, selbst daran schuld. Es habe eine ganze Menge Leute versucht zu wählen, die überhaupt nicht wahlberechtigt waren, Leute, die entmündigt seien oder Ehrenrechtsverlust erlitten hätten, Ausländer und Wahlunmündige. Ferner hätten viele zu wählen versucht, die polizeilich überhaupt nicht gemeldet seien oder sich nicht umgemeldet hätten. Der Rat könne nichts weiter tun, als zu ermahnen, die Wahllisten einzusehen. Der Rat habe seine Pflicht erfüllt. — Von einem Schreiben des Verwaltungsrats der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke auf die Anträge der Stadtverordneten wegen Einführung einer gerechter wirkenden Einhebungsmethode bei Änderungen der

Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise usw.

nimmt man zustimmend Kenntnis. Der Verwaltungsrat hat in Aussicht genommen, die Gas- und Strompreise von jetzt ab bereits dann festzusetzen, sobald die für die Preisbestimmung ausschlaggebenden Syndikatspreise für Kohlen bekannt sind, womit in der ersten Woche des Verbrauchsmonats gerechnet werden darf. — Als Nachfolger des verstorbenen Stadtrats Wetzlich wird zum unbesoldeten Ratsmitglied Diplomingenieur Howald Bommert einstimmig gewählt. — Ferner wird in Übereinstimmung mit dem Rate die anderweite Erhöhung des Ausgleichszuschlages zu den Bezügen der Beamten und die weitere Erhöhung der Arbeiterlöhne beschlossen.

Zur Durchführung einer zweiten im Dezember und einer dritten im Februar vorzunehmenden

Kartoffelverteilung an Minderbemittelte

wird ein Verrechnungsgeld von 40 Mill. M. bewilligt mit der Maßgabe, daß der Bedarf ganz oder zum Teil aus den für Dresden aufkommenden Erträgnissen des Hilfswerkes Deutsche Notgemeinschaft gedeckt wird. Die Ratsvorlage über die Erhöhung des Brückenzolls findet Zustimmung. Danach wird der Brückenzoll erhöht auf 3 M. für jedes Zugtier (außer Hunden und Eseln) an Fuhrwerken aller Art, 10 M. für Kraftfahrräder, 20 M. für Kraftwagen mit drei Rädern, für Kraftdroschken, Lastkraftwagen und Anhänger, 1 M. für Hunde- und Eselfuhrwerke. Der Rat wird ersucht, die Einhebung des Brückenzolles am 31. März 1923 einzustellen und Fahrräder mit eingebauten Hilfsmotoren nicht als Kraftfahrräder im Sinne der Ratsvorlage anzusehen.

Wegen der Arbeitszeit in den städtischen Kinderanstalten hatte das Kollegium einen Antrag an den Rat gerichtet. Der Verwaltungsausschuß schlägt vor, auf die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und die Gewährung von Vergütung für Überstunden an das Personal nicht zuzukommen, aber gegen eine Überanstrengung des Personals Vorsorge zu treffen und ihm ausreichenden Erholungsurlaub zu gewähren. Das Mehrheitsgutachten wird angenommen.

Ferner werden u. a. zwei Anträge angenommen, dahingehend, den Rat zu ersuchen, 1. verkehrslose Straßen, die zwar ausgebaut, aber noch nicht bebaut sind, als Lagerplätze für die städtischen Betriebe zu verwenden oder sie als solche zu vermieten, 2. Maßnahmen zu erwägen, die auch bei langfristigen Pachtverträgen über gewerblich benutzte Räume eine Anpassung des Pachtzinses an die Teuerungsverhältnisse ermöglichen.

Sodann wird die

Lage der Straßenbahn

erörtert. Angenommen wird ein Dringlichkeitsantrag des StV. Gruner, den Rat zu ersuchen, 1. den Stadtverordneten baldmöglichst eine Vorlage über die Verwendung des frei werdenden beamteten Straßenbahnpersonals zugehen zu lassen; 2. Kündigungen von Angestellten, Hilfsangestellten und Arbeitern so lange nicht auszusprechen, bis die Stadtverordneten zu dieser Frage Stellung genommen haben. In seiner Begründung führt der Antragsteller u. a. aus: Bei der Straßenbahn werde voraussichtlich am 28. d. M. Betrieb und Personal um 20 bis 25 v. H. eingeschränkt werden, wodurch 400 Beamte und 250 Arbeiter übrig würden. Die Beamten sollten in den übrigen städtischen Geschäftsstellen an Stelle dort zu entlassender Angestellter untergebracht werden, bei den Arbeitern solle die Arbeit soweit wie möglich gestreckt werden. Redner fordert, der Rat solle Arbeitsmöglichkeiten schaffen, um die in Frage kommenden Personen zu beschäftigen.

*

— Für den Bezug von **Angelkarten** auf das Jahr 1923 im Bereiche des 2. Elbstrombezirks (linkes Ufer: von Flur Laubegast bis mit Flur Bühlau; rechtes Ufer: von Flur Hosterwitz bis mit Flur Söbrigen) werden persönliche Anmeldungen bei der Staatlichen Bauverwalterei Dresden (An der Frauenkirche 12) zum Zwecke der Vormerkung bis mit 25. November entgegengenommen.

Tageschronik.

Plünderung eines Viehmarkts.

Halle, 16. November.

Zu schweren Plünderungen ist es auf dem Viehmarkt in Holzminden gekommen. Da die Händler für junge Schweine Preise forderten, die den Kaufluftigen zu hoch waren, schritt die Menge zur Selbsthilfe. Man stürzte sich auf die Händler und in wenigen Minuten eigneten sich die Plünderer alle Schweine an, ohne einen Pfennig zu zahlen. ß.

Das Erdbeben in Chile.

Nach und nach werden Einzelheiten über die furchtbare Katastrophe bekannt. Amtlich festgestellt ist jetzt, daß die Zahl der aufgefundenen Toten 1068, die Zahl der Obdachlosen 35000 beträgt. Zurzeit suchen chilenische Kriegsschiffe den Verunglückten Hilfe zu bringen. Das Erdbeben dauerte drei Stunden 40 Minuten. Alle Unterseekabel längs der chilenischen Küsten scheinen zerstört zu sein.

* **Für fünf Millionen Silbergerät erbeutet.** Aus Stettin wird gemeldet: Einbrecher stiegen dem Schlosse des Grafen v. Eickstädt in Hohenholz im Kreise Pekuhn einen Besuch ab. Obwohl sie überrascht wurden, gelang es ihnen doch, mit den erbeuteten Silbersachen im Werte von fünf Millionen Mark zu entkommen.

* **Raubüberfall.** Der Bankbeamte König wurde am Mittwoch nachts auf dem Wege nach seiner Wohnung in Westend-Grunewald von drei Männern angehalten, die ihm eine Viertel Million Mark, die er bei sich führte, zu entreißen versuchten. König zog eine Pistole und gab auf die Angreifer vier Schüsse ab, worauf diese die Flucht ergriffen und entkamen. Die Polizei nahm die Verfolgung auf, konnte aber die Täter nicht ermitteln.

* **Gänsediebe.** Die Provinz Hannover wird augenblicklich von einer gut organisierten Bande von Gänsedieben heimgesucht, die bisher nicht gefaßt werden konnte. Bisher sind in 51 Ortschaften weit über tausend Gänse gestohlen worden.

* **Hohe Strafe wegen Milchverfälschung.** Das Schöffengericht in Jena hat den früheren Direktor der Jenaer Milchversorgung, Gallenbeck, wegen wissentlicher und jahrelangiger Milchverfälschung zu 15000 M., wegen Betruges zu 10000 M. und wegen Übertretung der Verordnung über die Milchwirtschaftung zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

* **Explosion in den Pfälzischen Pulverfabriken.** Eine schwere Explosion hat sich in den bei Schopp gelegenen Pfälzischen Pulverfabriken ereignet. Der zum Trocknen des Pulvers dienende Steinhausbau flog in die Luft und wurde vollständig zerstört. Auch die übrigen Fabrikanlagen erlitten mehr oder weniger schwere Beschädigungen. Menschen sind weder getötet noch verletzt worden. Der Sachschaden ist jedoch sehr bedeutend.

* **Hochwasser des Rheins.** Aus Duisburg wird gemeldet: Der Rhein führt seit einigen Tagen Hochwasser. An vielen Stellen ist er über seine Ufer getreten. Felder und Wiesen sind überschwemmt.

* **Schießerei zwischen Landjägern und Zigeunern.** In Haimbach bei Fulda hatten zwei Landjäger einen blutigen Zusammenstoß mit Zigeunern. Die Landjäger erschossen hierbei zwei Zigeuner.

Volkswirtschaft und Handel.

Der Stand der Volkswirtschaft in Sowjet-Rußland.

Am 1. Oktober hat in Sowjet-Rußland das neue Wirtschaftsjahr begonnen. In den Wirtschaftsblättern der Sowjet-Regierung sind aus diesem Anlaß eine Reihe von Wirtschaftsartikeln erschienen, unter denen der bedeutendste und interessanteste der des Mitgliedes des Rates der Volkskommissare, Finanz- und Handelssachverständige Rykow ist. Nach der von Parvus herausgegebenen Zeitschrift „Der Wiederaufbau" stellt Rykow in diesem Artikel zunächst fest, daß die jetzige Ernte etwa 2,8 bis 3 Millionen Pud brutto ergeben habe (eine Ziffer, die von anderer Seite als zu hoch bezeichnet wird), also 65 bis 70 % der Vorkriegszeit erreiche, die Industrie im vergangenen Wirtschaftsjahre auf 25 % der Vorkriegsproduktion zurückgegangen sei. Bei dem großen Mangel an Industrieerzeugnissen im Innern und bei der Unmöglichkeit, durch die eigene Industrieproduktion den Bedarf zu decken, bestehe die Möglichkeit, daß das flache Land sich entschließt, seinen Verbrauch an Getreide einzuschränken, etwa auf 19 bis 20 Pud für den Kopf einschließlich der Viehfütterung an Stelle von 26,5 Pud vor dem Kriege, um auf diese Weise Getreide für den Erwerb von Industrieerzeugnissen aus dem Auslande frei zu bekommen. Die für den Markt freiwerdenden Getreideüberschüsse könnten, nach Ansicht Rykows, zur Getreideausfuhr benutzt werden und als Deckung des Ankaufs der nötigen Industrieerzeugnisse dienen. Rykow ist also der Ansicht, daß nicht nur der Aufbau der Landwirtschaft die Hauptaufgabe ist, sondern auch, daß dringend notwendig die Ausfuhr von Getreide ist, um den notwendigen Bedarf des Landes an Industrieprodukten zu decken.

Über die Lage der Industrie berichtet er verhältnismäßig optimistisch, indem er erklärt, daß die neue ökonomische Politik sehr erfreuliche Resultate erzielt habe, vor allen Dingen sei die Leistung des Arbeiters erheblich gestiegen. Durch den Abbau der Industrie und die damit verbundene Konzentration sei eine bessere Ausnutzung der technischen Einrichtungen erreicht worden. Die Steigerung der Produktion ist jedoch in der Hauptsache auf einen rücksichtslosen Verbrauch der vorhandenen Vorräte zurückzuführen. Überall zeigt sich ein erheblicher Rückgang der Vorräte, nur bei der Lederfabrikation eine unbedeutende Zunahme. Auch die Eisenbahn leidet unter der Erschöpfung ihrer Vorräte und an dem Mangel normaler Ergänzung des Ausstattungsmaterials. So konnten in Schwellen, bei einem Jahresbedarf von achtzehn Millionen Stück, im letzten Halbjahr nur vier Millionen Stück erneuert werden.

Diese allgemeine Wirtschaftsbetrachtung zeigt, daß auch das neue Wirtschaftsprogramm der Sowjetregierung keineswegs bisher den Ausweg aus der schwierigen Lage gefunden hat. Der katastrophale Raubbau an den Rohstoffen wird ohne Zweifel die russische Industrie in diesem Wirtschaftsjahr in eine sehr bedenkliche Situation bringen, sofern nicht, mit Hilfe von ausländischen Krediten, neue Rohstoffe eingeführt werden können.

* **Die schwindende Kaufkraft des Inlandes.** In dem Monatsbericht des Reichsarbeitsministeriums vom 11. November heißt es u. a.: Während früher ein Marksturz zu Deckungseinkäufen geführt und damit der Industrie eine Belebung des Einganges an Neuaufträgen gebracht hat, äußerte sich die schwindende Kaufkraft des Inlandes jetzt in einem Zurückgehen und stellenweisen Stocken des Bestellungseinganges. Nur an denjenigen Oktobertagen, an denen die Markentwertung besonders groß war, lebten die Käufe auf. Die Industrie konnte aber im Oktober im allgemeinen die Arbeit an älteren Aufträgen fortführen. Die Meldungen über Absatzstockungen, Arbeitszeitverkürzungen und Arbeiten auf Lager nahmen zwar zu, aber im großen und ganzen ist der Beschäftigungsgrad doch noch nicht wesentlich von dem früheren Stand zurückgewichen. Arbeitszeitverkürzungen und Arbeiterentlassungen waren nur in einzelnen mittleren und kleineren Betrieben nicht zu vermeiden. Nach den Einzelberichten typischer Industriebetriebe an das Reichsarbeitsblatt — für 1,46 Millionen Beschäftigte — ergibt sich ein Rückgang der gut oder befriedigend arbeitenden Industrie von 84 v. H. im September auf 82 v. H. im Oktober. Die Aussichten für die nächsten 14 Tage wurden von 20 v. H. der Berichterstatter als schlecht, von 39 v. H. jedoch als gut und von 37 v. H. als befriedigend bezeichnet.

* **Kalilieferung auf Reparationskonto?** Zu der Meldung, daß die französische Regierung die Lieferung von 50000 Tonnen Kali für die zerstörten Gebiete in Aussicht genommen hat, hören wir, daß beim Kalisyndikat ein diesbezüglicher offizieller Antrag nicht eingegangen und auch sonst von dieser Forderung nichts bekannt ist. Zu dieser Forderung schreibt der Alte Bergarbeiterverband: „Die deutsche Kaliindustrie ist heute kaum imstande, die heimische Landwirtschaft mit Kali zu versehen; ein Mangel an Düngemitteln in Deutschland und eine damit zu erwartende Extensivierung der deutschen Landwirtschaft muß zu den furchtbarsten Folgen führen. Es muß also zunächst sehr genau geprüft werden, ob aus dem angeführten Grunde überhaupt Reparationskali geliefert werden kann. Ganz ausgeschlossen erscheint dies, wenn die Kaliindustrie genügende Kohlenmengen nicht bekommt. Ob es möglich sein wird, der Kaliindustrie die nötigen Kohlen zu liefern, hängt wiederum von der Reparationskommission ab. Bei den heutigen Reparationsklienlieferungen ist das ausgeschlossen. Wir erwarten, daß die Regierung die Forderung der Reparationskommission sehr sorgfältig prüft und nicht ohne Zustimmung der Arbeiter entscheidet."

* **Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches** betrug an diskontierten Schatzanweisungen am 31. Oktober 603633577000 M. Zu dieser Summe traten bis 10. November 218753261000 M. hinzu, während 158484841000 M. abgingen, sodaß sich eine Erhöhung um 60268420000 M. auf 663901997000 M. ergibt. Davon sind Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit und bei der Reichsbank diskontiert im Betrag von 650669847000 M., während Schatzanweisungen im Betrage von 13232150000 M. eine längere Laufzeit haben.

* **Weitere Erhöhung des Goldzollaufgeldes.** Für die Zeit vom 22. bis einschließlich 28. November 1922 beträgt das Goldzollaufgeld 145900 v. H. (bisher 112400 v. H.).

Preiserhöhungen.

Der Verband deutscher Achsenwerke erhöhte die Preise um ca. 30 Proz. mit Wirkung vom 14. November.

Der Verein deutscher Spiegelglasfabriken in Köln erhöhte, mit Wirkung ab 14. November, den Gesamtteuerungszuschlag für Spiegelglas aller Kategorien auf 9000 Proz.

Der Verband der Goldleistenfabrikanten Deutschlands erhöhte seine Preise ab 15. November um weitere 50 Proz., d. h. einen Aufschlag auf die Maipreise 1921 von 8300 Proz.

* **Sächsische Gußstahl-Werke Döhlen Akt.-Ges.** in Dresden. Das Unternehmen bringt eine Dividende von 40 Proz. (35) in Vorschlag. Im Geschäftsbericht teilt die Verwaltung mit, daß im laufenden Geschäftsjahr der Geschäftsgang durchaus befriedigend ist. Die vorliegenden Aufträge sichern sämtlichen Abteilungen volle Beschäftigung auf längere Zeit. In der Bilanz erscheinen für 128388724 M. (36341437) Kreditoren, denen Debitoren mit 145827559 M. (76756961) gegenüberstehen; Vorräte und Fabrikate sind mit 64771110 M. (8880921) verbucht.

* **Vereinigte Jäger, Rothe & Siemens-Werke** in Leipzig. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals auf 35 Mill. M. durch Ausgabe von 20 Mill. M. Stammaktien und 2,5 Mill. M. Vorzugsaktien. Beide Aktiengattungen sind ab 1. Januar 1923 dividendenberechtigt. Die Kapitalerhöhung bezweckt, die Betriebsmittel zu stärken und die fabrikatorische Basis des Unternehmens zu erweitern. Von den neuen Stammaktien soll ein Teilbetrag von 3333000 M. den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 3:1 zum Kurse von 275 % zum Bezuge angeboten werden. Der Rest geht in den Besitz zweier Großinteressenten über. Neu in den Aufsichtsrat wurden die Direktoren der Berlin-Burger Eisenwerk Akt.-Ges. in Berlin, August Wolf und Ernst Leipziger, ferner Rechtsanwalt Hugo Staub, Dr. Max Wiskott (Breslau), Kaufmann Karl Busch und der Direktor der Dresdner Bank Karl Meiners, gewählt.

SLUB
Wir führen Wissen.